



HESSISCHER LANDTAG

22. 12. 2009

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE

**betreffend "kaltblütigen Wortbruch" verhindern -
Gesundheitsgefahren durch Fluglärm endlich ernst nehmen -
Flughafenausbau stoppen - Nachtflugverbot verwirklichen**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag stellt mit Bedauern fest, dass hessische Politiker in Sachen Ausbau des Frankfurter Flughafens mehrfach "kaltblütigen Wortbruch" begangen haben.

Ministerpräsident Holger Börner (SPD) verkündete nach den langjährigen Auseinandersetzungen um den Bau der Startbahn West, dass es keinen weiteren Ausbau außerhalb des Zauns geben werde. Dieses Versprechen wurde durch den Bau der A-380-Wartungshalle und erneut durch die Planfeststellung zum Bau der Nordwestlandebahn gebrochen.

Im Rahmen der Mediation zum Bau der Landebahn Nordwest versicherte Ministerpräsident Roland Koch (CDU), dass es keinen Ausbau ohne Nachtflugverbot geben werde. In gleichem Sinne äußerten sich der jetzige Justizminister Hahn (FDP) und der damalige und jetzige Verkehrsminister Posch (ebenfalls FDP). Dieses Versprechen wurde bereits mit dem Planfeststellungsbeschluss vom Dezember 2007 gebrochen. Nachdem der Hessische Verwaltungsgerichtshof nun diesen Planfeststellungsbeschluss bezüglich der zugelassenen 17 Flüge in der so genannten "Mediationsnacht" von 23 bis 5 Uhr für unzureichend erklärt hat, wollen CDU und FDP nun ihr gegebenes Wort erneut brechen und für die Zulassung von Nachtflügen vor dem Bundesverwaltungsgericht in Revision gehen. Der Hessische Landtag verurteilt diese Wortbrüche.
2. Der Hessische Landtag unterstützt nachdrücklich die Forderungen des Bündnisses der Bürgerinitiativen nach einem uneingeschränkten Nachtflugverbot in der Zeit von 22 bis 6 Uhr und einem Stopp des Baus der neuen Landebahn Nordwest.
3. Der Hessische Landtag nimmt das jüngste wissenschaftliche Gutachten für das Umweltbundesamt zu den gravierenden gesundheitlichen Schädigungen infolge von Fluglärm mit Betroffenheit zur Kenntnis. Der Landtag sieht sich in seiner Verpflichtung bestärkt, zusätzliche Lärm- und Umweltbelastungen in der Region zu verhindern und bestehende zurückzuführen.
4. Der Hessische Landtag unterstützt daher die Forderungen von Umweltverbänden, Bürgerinitiativen, Parlamentariern und Gewerkschaften nach einer Gesamtbelastungsstudie für den Großraum Rhein-Main. Ohne eine solche Gesamtbelastungsstudie dürfen keine neuen Großprojekte genehmigt werden und bestehenden Baumaßnahmen sind auszusetzen.
5. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, den Antrag auf eine Revision gegen das Urteil des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs vom 21. August 2009 zurückzuziehen.

Wiesbaden, 21. Dezember 2009

Die Fraktionsvorsitzende:
Wissler